

## LETTLAND

ELISABETH BAUER  
ALEXANDER WELSCHER

März 2017

[www.kas.de/lettland/](http://www.kas.de/lettland/)

## Von der Leyen und Gabriel versichern Deutschlands Solidarität

UNABHÄNGIGE KURZBESUCHE ZWEIER MINISTER IM BALTIKUM

**Zwei Minister, eine Mission: Bei nahezu zeitgleichen Besuchen sichern Außenminister Gabriel und Verteidigungsministerin von der Leyen den baltischen Staaten Solidarität und militärischen Beistand zu. Dies hatte zuvor bereits Bundespräsident Gauck getan – auf seiner letzten Auslandsreise als deutsches Staatsoberhaupt im Februar dieses Jahres. Auch die Zukunft von Europa thematisierten von der Leyen und Gabriel – und die deutschen Rüstungsausgaben.**

So viele hochrangige Besucher aus Deutschland in kurzer Zeit sind selten. Anfang März waren mit Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) und Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) gleich zwei Mitglieder der Bundesregierung an einem Tag in den baltischen Staaten unterwegs. Beide besuchten auf ihren Reisen am 2. März unabhängig voneinander Bundeswehrosoldaten. Kurz zuvor hatte Anfang Februar bereits Bundespräsident Joachim Gauck dem Baltikum einen Besuch abgestattet.

Während sich von der Leyen ein Bild von der Nato-Luftraumüberwachung in Estland machte, war Gabriel auf Truppenbesuch bei deutschen Nato-Soldaten in Litauen. Beide trafen zudem ihre jeweiligen Amtskollegen in Estland, Lettland und Litauen.

Begleitet wurden die Kurzvisiten von einem Disput der beiden Minister über die deutschen Rüstungsausgaben und höhere Investitionen in das Militär, den die zwei Ressortchefs im Fernduell im Baltikum führten. Persönlich begegnet sind sie sich auf dieser Reise jedoch nicht. Dass die beiden gleichzeitig dort waren, war Zufall.

### Beistand fürs Baltikum

Politisch waren die Besuche ein wichtiges Symbol. Im Mittelpunkt stand, den baltischen Staaten den Beistand Deutschlands zuzusichern und Geschlossenheit zu demonstrieren. „Die Sicherheit Estlands, Lettlands und Litauens ist gleichbedeutend mit der deutschen Sicherheit“, sagte Gabriel nahezu wortgleich in allen drei Ländern. „Wir stehen ein auch für eine gemeinsame Sicherheit“.<sup>1</sup>

Auch seine Kabinettskollegin von der Leyen betonte, dass sich die kleinen Nato-Verbündeten im Osten bei der Wahrung ihrer Sicherheit fest auf die Bundesrepublik verlassen können. „Uns ist sehr daran gelegen, unseren östlichen Freunden ganz klar auch unsere Solidarität zu zeigen“, sagte sie. „Das gegenseitige Versprechen, füreinander einzustehen in der Verteidigung der Demokratie und der Freiheit geht weit über die eigenen Landesgrenzen hinaus.“

Zuvor hatte bereits Bundespräsident Joachim Gauck bei einem Besuch in Riga am 9. Februar sicherheitspolitische Unterstützung zugesagt. „Deutschland steht an der Seite unserer baltischen Partner und Freunde“, sagte Gauck nach einem Treffen mit den Staatsoberhäuptern Lettlands, Litauens und Estlands. Angesichts der veränderten Sicherheitslage sei dies „unbedingt erforderlich“.

Estland, Lettland und Litauen sorgen sich seit der russischen Annexion der Krim und

<sup>1</sup> Die Zitate der Bundesminister entstammen den Mitschnitten der Pressekonferenzen durch den Autor

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

## **LETTLAND**

ELISABETH BAUER

ALEXANDER WELSCHER

**März 2017**

[www.kas.de/lettland/](http://www.kas.de/lettland/)

wegen des anhaltenden Konflikts in der Ostukraine um ihre Sicherheit. Moskaus militärische Muskelspiele in der Ukraine und an den Grenzen der baltischen Staaten haben in Tallinn, Riga und Vilnius die Ängste vor dem östlichen Nachbarn wieder anwachsen lassen. Die Sorge ist zwar nicht mehr so groß wie auf dem Höhepunkt der Ukraine-krise, aber weg ist sie noch lange nicht.

Unsicherheit herrscht zudem über die Außenpolitik des neuen US-Präsidenten Donald Trump und dessen Umgang mit Russland. Mit seinen Aussagen zur Nato hat Trump bei den europäischen Verbündeten Verunsicherung und Befürchtungen ausgelöst. Trotz aller gegenteiligen Beteuerungen seit seinem Amtsantritt hallt nach, dass Trump die Nato wiederholt als „obsolet“ bezeichnet hatte. In den baltischen Staaten vielleicht sogar mehr noch als anderswo in Europa. Denn für Estland, Lettland und Litauen gilt die Nato als wichtigste Sicherheitsgarantie vor möglichen neuerlichen Machtansprüchen Moskaus.

### **Abschreckung am Boden, Überwachung in der Luft**

Zur Abschreckung Russlands und zum Schutz der Ostflanke stationiert die Nato derzeit in jedem der drei baltischen Länder und in Polen etwa 1000 Soldaten. Damit steht das Militärbündnis erstmals seit dem Ende des Kalten Kriegs mit Gefechtsverbänden an der Grenze zu Russland. Die Aufrüstung geht auf einen Beschluss des Warschauer Nato-Gipfels im Juli 2016 zurück.

Deutschland hat dabei die Führung des multinationalen Bataillons in Litauen übernommen. Rund 450 Bundeswehrsoldaten sowie 26 Panzer und 170 Militärfahrzeuge wurden dazu in den Baltenstaat verlegt. Unterstützt werden sie von belgischen, niederländischen und norwegischen Soldaten. Stationiert ist der Truppenverband auf dem litauischen Stützpunkt in Rukla.

Auch die Luftüberwachung der Nato im Baltikum wurde nach Ausbruch der Ukraine-Krise verstärkt. Estland, Lettland und Litauen haben keine eigene Luftverteidigung. Deshalb sichern die Verbündeten im regel-

mäßigen Wechsel schon seit 2004 den baltischen Luftraum. Deutschland übernimmt noch bis Ende April bereits zum neunten Mal diese Aufgabe. Dazu sind vier deutsche Eurofighter und rund 140 Soldaten auf der estnischen Basis Ämari stationiert. Unterstützt werden sie von vier in Litauen stationierten niederländischen Kampfjets.

Von der Leyen kündigte bei ihrem Besuch zudem an, dass die Bundeswehr im April erneut eine Radarstation in Lettland stationieren wird. Der mobile Gefechtsstand der Luftwaffe soll den Luftraum überwachen und Luftoperationen führen. Für eine Übung war die Anlage bereits im vergangenen Jahr auf Lettlands einzigen Luftwaffen-Stützpunkt in Lielvārde nahe Riga verlegt worden.

### **Historische Pflicht und Ehre für Deutschland**

Für die Bundesverteidigungsministerin ist der Schutz der baltischen Staaten eine historische Pflicht für Deutschland. „Wir haben nicht vergessen, was es bedeutet, das Land an der östlichen Grenze zu sein und wieviel Wert es für Deutschland über viele Jahrzehnte gewesen ist, damals von der Nato, von unseren Partnern in der Nato beschützt worden zu sein“, sagte von der Leyen unter Verweis auf die Erfahrungen Deutschlands im Kalten Krieg. „Es ist für uns auch eine Zeit, in der wir zum Teil zurückgeben können, was wir an Schutz erfahren haben.“

Für den Bundesaußenminister ist es keine Selbstverständlichkeit, dass erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wieder deutsche Soldaten im Baltikum stehen. Dies sei nicht nur „eine verantwortungsvolle Aufgabe“, sondern auch „eine Ehre für unser Land“, sagte Gabriel in Vilnius nach einem Treffen mit seinem litauischen Amtskollegen Linas Linkevičius. In Rukla versicherte er: Deutschland werde sich an dem Nato-Einsatz beteiligen, „solange es nötig ist“.

In deutlichen Worten kritisierte Gabriel den russischen Truppenaufmarsch nahe der baltischen Grenze. „Das Militärpotenzial, das die Russische Föderation hier an den Grenzen aufgebaut hat, ist aus meiner Sicht ja völlig irrational, weil von den drei Staaten

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## LETTLAND

ELISABETH BAUER  
ALEXANDER WELSCHER

März 2017

[www.kas.de/lettland/](http://www.kas.de/lettland/)

hier null Bedrohung ausgeht“, sagte er beim Truppenbesuch vor Journalisten.

### **Abschreckung und Dialog in der Ukraine-krise**

Für Deutschland ist das verstärkte militärische Engagement an der Nato-Ostgrenze eine Gratwanderung. Einerseits will man seine Bündnispflichten erfüllen, andererseits aber mit Moskau, das die Ausweitung der Nato-Präsenz an seinen Grenzen als Provokation wertet, weiter im Dialog bleiben. „Russland ist unser Nachbar. Wir können ihn nicht ignorieren“, sagte Gabriel. Deshalb werde Deutschland weiterhin nach Wegen suchen, wie man mit der russischen Seite im Gespräch bleiben könne.

Auch von der Leyen machte erneut deutlich, dass sie mit Rücksicht auf Nato-Zusagen an Russland gegen den wiederholt zu vernehmenden Wunsch nach einer dauerhaften Stationierung von Kampftruppen im Osten des Bündnisgebietes ist. „Für uns ist ganz wichtig, dass wir uns an die Regeln der Nato-Russland-Grundakte halten. Und die schreibt uns vor – und daran halten wir uns –, dass wir rotierend hier sind“, bekräftigte sie.

### **Mehr gemeinsame Anstrengungen gegen Desinformationskampagnen**

Immer wieder werden Gabriel und von der Leyen in den drei Baltenstaaten auch mit den Themen „Cyberattacken“ und „hybride Kriegsführung“ konfrontiert. Im Februar streuten Unbekannte mittels E-Mails an Politiker und Medien Gerüchte, Bundeswehrosoldaten hätten bei ihrem Einsatz in Litauen eine Minderjährige vergewaltigt. Nach Angaben der litauischen Regierung erwiesen sich die Vorwürfe als haltlos. Gut zwei Wochen nach dieser Fake-News-Kampagne sprachen sich beide Minister unabhängig voneinander für mehr Anstrengungen im Kampf gegen Desinformation und gezielte Falschnachrichten aus.

„Wir sind uns dessen bewusst, dass der Versuch unternommen wird, zu destabilisieren. Umso wichtiger ist es, dass wir diese Dinge aufklären, auf den Tisch legen und

öffentlich machen, damit wir die Muster erkennen“, sagte von der Leyen.

Auch Gabriel verwies auf die Bedeutung der Abwehr möglicher Cyberangriffe auf kritische Infrastruktur, wie etwa die Wasserversorgung und der öffentlichen Nahverkehr. „Wenn ich zu entscheiden hätte, wo es notwendig ist, mehr zu investieren, dann würde ich sagen da“, sagte er nach seinem Treffen mit dem litauischen Außenminister Linas Linkevičius in der Hauptstadt Vilnius.

### **Ministerstreit um Rüstungsausgaben**

Doch bei aller Einigkeit über die Nato-Beistandspflicht, sind von der Leyen und Gabriel in der Frage der Verteidigungsausgaben gespalten. Auch bei ihren Besuchen im Baltikum äußern sich die CDU-Politikerin und der SPD-Vorsitzende ganz unterschiedlich zu dem Thema.

Ein Nato-Beschluss verlangt, dass die Mitgliedsstaaten bis 2024 mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) fürs Militär ausgeben sollen. Auch die neue US-Regierung drängt darauf, dass die europäischen Nato-Partner mehr Geld für ihre eigene Verteidigung aufwenden. Bisher liegt Deutschland bei 1,2 Prozent. In den kommenden Jahren müsste Berlin daher zweistellige Milliardenbeiträge zusätzlich aufbringen.

Während von der Leyen voll hinter dem Nato-Rüstungsziel steht und auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) Deutschland in der Pflicht sieht, distanzierte sich Gabriel von dem Ziel und ist strikt gegen so hohe Ausgaben für Soldaten und Rüstung. Es sei „völlig unrealistisch“, so der SPD-Politiker in Tallinn, dass die Bundesrepublik innerhalb von zehn Jahren 30 Milliarden Euro zusätzlich in den deutschen Verteidigungshaushalt packe. Das seien zehn Prozent des Bundeshaushalts. Ohnehin hätten die Nato-Staaten in ihrem Beschluss nicht festgelegt, in zehn Jahren die fixe Zielgröße von zwei Prozent zu erreichen, sondern sich vielmehr damals darauf verständigt, in diese Richtung zu gehen, erklärte er. Auch müsse man überlegen, sagte Gabriel, ob sich der Rest Europas ein hochgerüstetes Deutschland wünsche.

**LETTLAND**

ELISABETH BAUER  
ALEXANDER WELSCHER

**März 2017**

[www.kas.de/lettland/](http://www.kas.de/lettland/)

Von der Leyen versuchte einen Tag später, die Aussagen von Gabriel zu relativieren. Bei ihrem Besuch betonte sie: „Deutschland steht zu dieser Verabredung“. Die Erhöhung der Militärausgaben sei notwendig für die Modernisierung der Bundeswehr, so dass die Soldaten bei ihren Auslandseinsätzen gut ausgerüstet sind. Die Erreichung des Zwei-Prozent-Ziels sei zudem auch ein „Frage der Zuverlässigkeit und der Glaubwürdigkeit Deutschlands“ gegenüber seinen Nato-Verbündeten. „Niemand würde verstehen, wenn ein wirtschaftlich starkes Land wie Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt, während andere unter großen Anstrengungen (...) zu ihren internationalen Verpflichtungen stehen“, mahnte von der Leyen nach einem Treffen mit ihrem lettischen Amtskollegen Raimonds Bergmanis in Riga.

Der estnische Außenminister Mikser äußerte Verständnis für Gabriels Position. Der Schritt, der zum Erreichen des Zwei-Prozent-Ziels getan werden muss, sei „sehr groß“. „Es ist sicherlich nicht möglich, dies über Nacht zu erreichen.“ Grundsätzlich müsse Beschlüssen der Nato-Staaten aber nachgekommen werden. „Wir wollen alle dazu ermutigen, in Richtung dieser Grenze sich zu bewegen“, betonte er den Standpunkt der Regierung in Tallinn. Estland gehört bereits zu den wenigen Staaten, deren Ausgaben den angepeilten Nato-Zielwert erreichen. Lettland und Litauen wollen dies 2018 erreichen.

Der litauische Ministerpräsident Saulius Skvernelis rief Deutschland unmittelbar nach dem Besuch der beiden Bundesminister zu höheren Verteidigungsausgaben auf. „Ich hoffe, dass auch in Deutschland mehr in Verteidigung investiert wird“, sagte er in einem Interview der Tageszeitung „Welt“. Ein deutsches Großmachtstreben fürchtet er dabei nicht. „Das deutsche Militär ist für uns keine Bedrohung. Wir haben keine Angst

davor. Wir freuen uns, dass deutsche Nato-Truppen in Litauen stationiert wurden.“<sup>2</sup>

**Abstimmung und Zusammenhalt in Europa verstärken**

Neben der Sicherheitspolitik und dem Verhältnis zu Moskau war die Krise der EU ein wichtiges Thema der Reise Gabriels, das zuvor bereits auch von Bundespräsident Gauck aufgegriffen worden war. Estland, Lettland und Litauen gehören seit 2004 der EU an und gelten als Musterm Mitglieder. Auch sind die drei Staaten Teil der Eurozone.

„Selten ist uns so bewusst gewesen, wie wichtig Europa ist“, hob Gabriel bei seinem Besuch in allen drei Ländern die Bedeutung der Europäischen Union hervor und sprach sich für eine enge Zusammenarbeit aus. „Wir werden in der Welt nur als Europäer ernst genommen, wenn wir auch die politische Zusammenarbeit auf unserem Kontinent voranbringen.“ Verstärkt werden müsse die europäische Abstimmung insbesondere bei der Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Sicherung der Außengrenzen. Daran zeigten auch seine baltischen Gesprächspartner ein großes Interesse.

„Ich glaube, wir müssen den Menschen in unseren Bevölkerungen auch wieder Mut machen, an dieses gemeinsame Europa zu glauben und uns gegen die Stellen, die behaupten, die Rückkehr zum Nationalismus würde unseren Völkern bessere Chancen bieten. Das Gegenteil ist der Fall“, betonte er. Selbst wenn es in Europa zu unterschiedlichen wichtigen Fragen auch unterschiedliche Auffassungen gebe: „Europa muss mehr bleiben als eine Freihandelszone.“

<sup>2</sup> „Welt“-Interview mit Skvernelis:  
[https://www.welt.de/print/die\\_welt/politik/article162576293/Wir-freuen-uns-dass-deutsche-Truppen-bei-uns-sind.html](https://www.welt.de/print/die_welt/politik/article162576293/Wir-freuen-uns-dass-deutsche-Truppen-bei-uns-sind.html)